

Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission

vom: 16. Juni 2008

zur Vorlage Nr.: [2007-294a](#)

Titel: **Informationstagung «in Würde sterben»**

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2007/294a

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat betreffend Informationstagung «in Würde sterben»

Vom 16. Juni 2008

1. Ausgangslage

Am [21. Februar 2008](#) hat der Landrat auf Antrag der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission das Postulat [2003/192](#) «In Würde sterben – auch im Spital!» von Röbi Ziegler mit 63:0 Stimmen bei einer Enthaltung als erfüllt abgeschlossen. In ihrem Bericht an den Landrat hatte die Kommission dargelegt, dass das Postulat Ziegler zwar juristisch erfüllt sei. Gleichzeitig sind in der Kommissionsberatung allerdings zusätzliche Problemkreise im weiteren Zusammenhang mit dem «Sterben» angesprochen worden, die nicht abschliessend beantwortet werden konnten. Die Kommission hatte deshalb angekündigt, dass sie sich an einer der nächsten Sitzungen erneut vertieft mit der Materie befassen würde, um anschliessend dem Landrat kurz darüber Bericht zu erstatten.

2. Programm, Inhalte, Erwägungen

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission hat deshalb am 3. April 2008 eine spezielle Informationstagung durchgeführt. Das Tagungsprogramm wurde von Regierungsrat Peter Zwick vorgeschlagen und von der Kommission teilweise ergänzt. An der Informationstagung nahmen neben den Mitgliedern der Kommission auch Regierungsrat Peter Zwick, VGD-Generalsekretärin Rosmarie Furrer sowie Landrat Röbi Ziegler als Verfasser des ursprünglichen Postulats teil.

Das Tagungsprogramm umfasste folgende Punkte:

– Am Kantonsspital Liestal (KSL):

- Erläuterungen zur Todesfallstatistik am KSL durch Spitaldirektor Heinz Schneider
- Informationen zur Ethikförderung und zum Ethik-Forum am KSL durch Seelsorger Wolf Schreiber
- Ausführungen zur Begleitung Sterbender aus ärztlicher Sicht (durch den leitenden Arzt der Onkologie, Andreas Lohri), zum Umgang mit Angehörigen (durch den Leiter der Pflegeabteilung, Landrat Philipp Schoch) und zur Betreuung der

onkologischen Patienten (durch Pflegefachfrau Evelyn Heule)

- Schilderung der Arbeit der Seelsorgenden bei Sterbenden und in Notfallsituationen am KSL durch Seelsorger Ludwig Hesse

– Spitalexterne Onkologiepflege Baselland (SEOP):

- Präsentation der SEOP BL durch deren Leiterin Maya Monteverde. Vorgestellt werden die Institution, ihre Arbeitsweise und die aktuellen Herausforderungen in Bezug auf Vernetzung, Organisation und Finanzierung der SEOP unter spezieller Berücksichtigung der Spitex in den Gemeinden.

– Kantonsspital Bruderholz (KSB):

- Erläuterungen zur Todesfallstatistik am KSB durch Spitaldirektor André Hug
- Vorstellung des Patientenmanagements im Allgemeinen und des Leitfadens zur Kultur des Sterbens am KSB im Speziellen durch die Leiterin des Pflegedienstes Brigitte Kaiser
- Informationen zur Palliativmedizin am KSB, zur Handhabung bei Überbelegungen und zur Entscheidungsfindung Entlassung vs. Sterben im Spital durch den Chefarzt Rehabilitation/Akutgeriatrie Beat Ritter
- Praxisbericht der Seelsorgenden am KSB über die Zusammenarbeit mit Arzt und Pflege, sowie zum Umgang mit unterschiedlichen Konfessionen und Religionen der Patienten durch Seelsorger Christian Weber

– Hospiz im Park, Arlesheim:

- Besichtigung der Klinik unter Leitung von Stiftungsratspräsidentin Vreni Schmid und der leitenden Ärztin Heike Gudat
- Präsentation der palliativen Medizin und Einordnung des Angebots im Rahmen der Gesundheitsversorgung des Kantons Baselland

Die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer nutzten jeweils rege die Gelegenheit für Fragen und zur Diskussion aufgeworfener Einzelaspekte. Insgesamt konnte sich die VGK ein umfassendes und vertieftes Bild zum gesellschaftlichen Tabu-Thema «Sterben» machen.

Regierungsrat Peter Zwick zeigte sich abschliessend überzeugt, dass an den Baselbieter Spitälern die personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen richtig gesetzt sind, der ärztliche und der pflegende Dienst ausreichend sensibilisiert sind und das Versorgungsangebot im Kanton Baselland insgesamt ausreicht, um den betroffenen Patientinnen und Patienten und den sie begleitenden Angehörigen ein würdevolles Sterben zu ermöglichen beziehungsweise dieses sicherzustellen.

Die vertiefte und intensive Auseinandersetzung mit den angesprochenen Problemkreisen hinterliess bei den Mitgliedern der Kommission auch Eindrücke, die im Rahmen der Informationstagung nicht unmittelbar verarbeitet werden konnten. Die Kommission nahm deshalb eine abschliessende Schlussbetrachtung erst an ihrer Sitzung vom 18. April 2008 vor, an der im Vordergrund stand, wie weit die Kommission die Sensibilität und den Dialog zum Sterben im Kanton Baselland weiter anstossen kann. Ob weiterer politischer Handlungsbedarf besteht, war in der Kommission nicht unumstritten. Es wurden speziell folgende Anliegen diskutiert:

- a) Eine neue kantonale Regelung zur Finanzierung der Spitalexternen Onkologiepflege (SEOP). Nach Auskunft des Gemeindeverbandes hat sich die Konfliktsituation zwischen den Gemeinden (mit eigener Spitex) und der SEOP (als spezialisierte Dienstleistung) zwischenzeitlich aber bereits von selbst weitestgehend entspannt. Die weitere Entwicklung soll nach dem Willen der Kommission dennoch aufmerksam beobachtet werden.
- b) Aufnahme des Aspektes «Sterben» in den Leistungsauftrag der Spitäler, insbesondere in personeller und räumlicher Hinsicht. Eine Prüfung sämtlicher Leistungsaufträge der Spitäler und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste hat ergeben, dass die fachgerechte pflegerische Behandlung und Betreuung betreffend «Begleitung in Krisensituationen und während des Sterbens» jeweils bereits enthalten ist.
- c) Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen zur palliativen Pflege alleinstehender betagter Personen. Nach den Eindrücken der Kommission sind die aktuellen personellen und räumlichen Ressourcen heute ausreichend. Künftig zusätzlich notwendige Ressourcen könnten allenfalls bei der Erneuerung der Leistungsaufträge eingebracht werden.
- d) Eine vertiefte Auseinandersetzung der Politik mit dem Begriff «Würde»: Wie wird diese definiert, wann wird die Würde oder Freiheit beschränkt oder muss beschränkt werden? Die Kommission sieht sich allerdings ausser Stande, diese Diskussion in der angeregten philosophischen Tiefe zu Ende führen zu können. Eher wird die Diskussion spezialisierten Institu-

tionen wie der Ethikkommission des Spitals Liestal zugetraut. Ein gelegentlicher Austausch über Resultate und Erfahrungen wäre angemessen.

- e) Konkrete Vollzugfragen, die im Rahmen der Kommission mit den Spezialverwaltungen der grösseren Spitäler weiter diskutiert werden sollten. Zum Beispiel die Zusammenarbeit von Ärzten, Pflegepersonal und Angehörigen im Fall dementer Patientinnen und Patienten. Entsprechende Gelegenheiten – auch zur Aufrechterhaltung der jetzt gewonnenen Sensibilisierung – sollen im Rahmen der Sitzungsplanung der Kommission im Laufe der aktuellen Legislatur gezielt gesucht werden.

Ein unmittelbarer, konkreter politischer Handlungsbedarf ergibt sich für die Kommission nicht. Jedoch bleibt die Thematik für die Behandlung künftiger Vorlagen und Geschäfte im Zusammenhang mit der Baselbieter Gesundheits- und Spitalversorgung präsent. Auch steht es den Kommissionsmitgliedern jederzeit weiter offen, konkrete Vorschläge oder Anträge in Kommission oder Landrat einzubringen.

Die Kommission dankt Regierungsrat Peter Zwick und dem Generalsekretariat der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion herzlich für die umfassende Organisation und die reibungslose Durchführung der Informationstagung. Ein Dank geht auch an die Spitalleitungen der Kantonsspitäler Liestal und Bruderholz, an die SEOP Baselland und an das Hospiz im Park in Arlesheim für das gewährte Gastrecht und all die eindrücklichen Informationen und Referate.

3. Antrag an das Büro des Landrates

://: Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beantragt dem Büro des Landrates, den vorliegenden Bericht den Mitgliedern des Landrates ohne weitere Behandlung im Plenum zur Kenntnis zu bringen.

Rünenberg, 16. Juni 2008

Namens der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission

*Der Präsident:
Thomas de Courten*
